Menschenrechte haben kein Geschlecht *(Hedwig Dohm 1876)*

Gerechtigkeit erhebt ein Volk

VERBAND FÜR FRAUENSTIMMRECHT

Nachdem Frauen in der bürgerlichen Revolution von 1848/49 ihren Anspruch auf politische Teilhabe und Mitbestimmung postuliert haben, verbietet ihnen seit 1850 das Preußische Vereinsgesetz die Mitgliedschaft in politischen Vereinen und Parteien. In den 1870er Jahren setzt sich die Frauenrechtlerin Hedwig Dohm in ihren Publikationen für das Frauenstimmrecht als Menschenrecht ein. 1902 gründen Anita Augspurg, Lida Gustava Heymann und weitere bürgerliche Frauen den „Deutschen Verband für das Frauenstimmrecht“ in Hamburg. In Zeitschriften, Vorträgen und Schulungen werben sie in der Öffentlichkeit für die staatsbürgerliche Bildung und Teilhabe von Frauen. Nach der Reform des Vereinsgesetzes auf Reichsebene dürfen Frauen ab 1908 in politische Vereine und Parteien eintreten. Das aktive und passive Wahlrecht bleibt ihnen aber weiter verwehrt.

Heraus mit dem Frauenwahlrecht

Um die Jahrhundertwende hat auch die sozialistische Frauenbewegung ihren Kampf für das politische Mandat von Frauen entfaltet. Seit 1911 fordert sie das Stimmrecht mit großen Aufmärschen und Demonstrationen am Internationalen Frauentag ein. Unterstützt wird sie dabei von der SPD. Die Partei hat auf Initiative ihres Vorsitzenden August Bebel 1891 das Frauenwahlrecht in ihr Programm aufgenommen, ist aber stets mit parlamentarischen Anträgen gescheitert. Nach dem Ersten Weltkrieg übernimmt der aus Sozialdemokraten bestehende Rat der Volksbeauftragten die Regierungsgewalt in Deutschland und proklamiert am 12. November 1918 das „gleiche, geheime, direkte, allgemeine Wahlrecht für Frauen und Männer“. Der Kampf der Frauen ist erfolgreich beendet, die Grundlage für ihre parlamentarische Vertretung geschaffen.

Mädchen und Frauen: Heraus aus der Finsternis

RAT DER VOLKSBEAUFTRAGTEN 1919

Am 19. Januar 1919 dürfen Frauen bei der Wahl zur Verfassunggebenden Nationalsammlung erstmals ihr Stimmrecht ausüben. Sie stellen die Mehrheit der Wahlberechtigten und sind ein entscheidender, aber zunächst noch unbekannter Faktor in der Politik. Alle Parteien werben intensiv um die neue Gruppe der Wählerinnen. Frauenausschüsse suchen geeignete Kandidatinnen, entwerfen Flugblätter mit Wahlaufrufen und organisieren Wahlkundgebungen. Erstmals dürfen sich die Parteien auch mit Wahlplakaten an die Wähler und Wähler-innen wenden. Plakate werden im 20. Jahrhundert zu dem am meisten beachteten Werbemedien in Wahlkämpfen; wahlentscheidend werden sie nicht. Sie spiegeln jedoch deutlich die Vorstellungen der Parteien über die Rolle von Frauen in der Gesellschaft wider.

Im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts existieren in der Gesellschaft eindeutige Vorstellungen über getrennte Lebens- und Arbeitsräume von Männern und Frauen. „Weibliche Bestimmung“ soll sich in „stiller Arbeit“ für die Familie erfüllen. Bürgerliche Frauen wollen sich jedoch nicht mehr auf Heim und Herd beschränken. Frauen aus unterbürgerlichen Schichten müssen aus blanker Not mitverdienen. 1907 liegt die weibliche Erwerbsquote bei 35 Prozent. Die Hälfte der Frauen verdingen sich als Arbeiterinnen, Mägde und mithelfende Familienangehörige in der Landwirtschaft. Die andere Hälfte sucht ihr Auskommen in der Industrie, im Handwerk und im Dienstleistungsbereich. Ungeachtet dessen sind im Kaiserreich alle Frauen rechtlich unmündig. Das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) schreibt 1900 erneut die Vormundschaft des Mannes über seine Ehefrau fest. Er allein kann über familiäre Belange sowie über Besitz und Vermögen seiner Frau entscheiden und verfügen. Erst 1908 erhalten Frauen in Preußen das Recht, das Abitur abzulegen und zu studieren.

Gleiche Rechte, gleiche Pflichten

Alle Parteien appellieren an das Pflichtgefühl der Frauen, das Wahlrecht auszuüben. Auf den meisten Plakaten richten sie sich an Frauen in ihrer Rolle als Mütter. Diese sollen mit ihren Stimmen „für Frieden und Brot“ sorgen und „das Glück der Familie und Kinder“ sichern. Die SPD beruft sich zudem darauf, die Kampagnen um die politische Gleichberechtigung mitgetragen zu haben. Die bürgerliche, linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) fordert die Frauen auf, die junge Demokratie zu stützen. Gerade sie gilt zunächst als Partei der bürgerlichen Frauenbewegung. Auch die rechtsliberale, monarchistisch gesinnte Deutsche Volkspartei (DVP) verkündet, dass Frauen am „öffentlichen Leben an leitender und verantwortungsvoller Stelle“ mitwirken sollen. Die national-konservative Deutsch-Nationale Volkspartei (DNVP) verschleiert mit ihrem Slogan „Frauen erwacht“ den Kampf der bürgerlichen und sozialistischen Frauenbewegung um das Stimmrecht. Diese Partei hat den „Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation“ mitbegründet und bis zuletzt das Frauenwahlrecht abgelehnt.

Erster Schritt zur Gleichstellung

Bei der Wahl zur Nationalversammlung machen die Frauen mit 82,3 Prozent ebenso rege von ihrem neuen Recht Gebrauch wie die Männer. 41 von 310 Kandidatinnen erhalten politische Mandate. Mit einem Frauenanteil von 9,6 Prozent nimmt die Nationalversammlung im Vergleich mit anderen Ländern einen Spitzenwert ein. In der Verfassung der Weimarer Republik werden die „grundsätzlich“ gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten von Männern und Frauen verankert.

... um die
STIMMEN
der Frauen

Rat der Volksbeauftragten/ Werbedienst der deutschen Republik
Berlin, Wahl zur Nationalversammlung 1919
Gestaltung: Ludwig Kainer;
Druck: Plakatkunstanstalt Dinse & Eckert, Berlin
Reproduktion aus Staatsarchiv Hamburg

... um die
STIMMEN
der Frauen

Deutsche Demokratische Partei, Wahl zur Nationalversammlung 1919
Frauen die nicht w hlen Stimmen, die nicht z hlen verschulden den B rgerkrieg
Gestaltung/Druck: NN
Reproduktion aus Staatliche Museen zu Berlin Preuflischer Kulturbesitz, Kunstbibliothek

... um die STIMMEN der Frauen

Deutsch-Nationale Volkspartei, Wahl zur Nationalversammlung 1919
Druck: Kunstanstalt Leopold Krantz, Berlin
Reproduktion aus Friedrich-Ebert-Stiftung,
Archiv der sozialen Demokratie, Bonn

... um die STIMMEN der Frauen

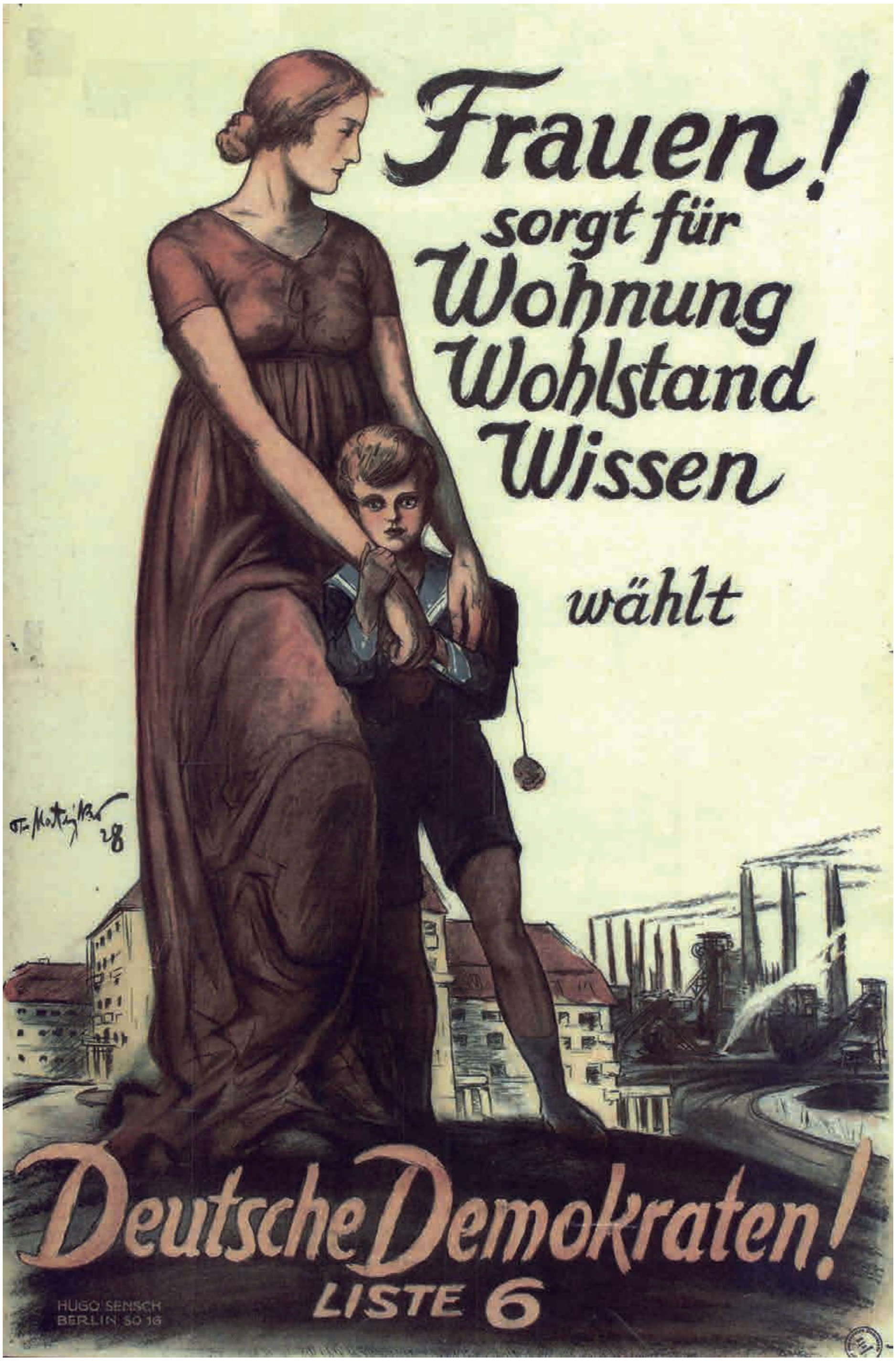
Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
Wahl zur nationalversammlung 1919
Gestaltung: Fritz Gottfried Kirchbach; Druck: Rotophot AG Berlin
Reproduktion aus Friedrich-Ebert-Stiftung,
Archiv der sozialen Demokratie, Bonn

... um die
STIMMEN
der Frauen

Zentrum, Reichtagswahl 1920[?], 1928
Gestaltung: Alexander Cay
Reproduktion aus Staatliche Museen zu Berlin Preuflischer Kulturbesitz, Kunstbibliothek

... um die
STIMMEN
der Frauen

Deutsch-Nationale Volkspartei, Reichtagswahl 1928
Gestaltung: Hans Thoma; Druck: Ernst Hedrich, Leipzig
Reproduktion aus Bundesarchiv Koblenz, Plak 002-029-058



... um die
STIMMEN
der Frauen

Deutsche Demokratische Partei, Reichstagswahl 1928
Gestaltung: Theo Matejko; Druck: Hugo Sensch, Berlin
Reproduktion aus Friedrich-Ebert-Stiftung,
Archiv der sozialen Demokratie, Bonn

... um die
STIMMEN
der Frauen

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Reichstagswahl 1928
Gestaltung: Fritz Gottfried Kirchbach; Druck: Rotophot AG, Berlin
Reproduktion aus Friedrich-Ebert-Stiftung,
Archiv der sozialen Demokratie, Bonn
(Depositum Lothar Kindereit, Nachdruck 1990)

Wir halten fest am Wort Gottes *(DNVP 1928)*

In der Weimarer Republik leben und arbeiten immer mehr Frauen und Männer in den Städten. Mädchen werden weiter für ihre Rolle als Hausfrau und Mutter erzogen und ausgebildet. Dienstmädchen wechseln als Arbeiterinnen in die Fabriken. Heimarbeiterinnen stemmen sich gegen die drohende Armut. Junge, ledige Angestellte mit kurzem Kleid und Bubikopf halten Einzug in Büros und Kontore. Die meisten Frauen räumen ihre Arbeitsplätze mit der Heirat oder bei der Geburt eines Kindes. Die Gesellschaft hält daran fest, dass die Mutterschaft der „höchste Beruf" der Frauen und ihre „wichtigste staatsbürgerliche Aufgabe" ist. Die weibliche Erwerbsquote liegt unverändert bei 35 Prozent.

Die Parteien werben bei den Reichstagswahlen zwischen 1920 und 1933 mit eindeutigen, ideologisch besetzten Frauenbildern um bestimmte Wählerinnengruppen.

Die christliche Frau

Das Zentrum stellt als christlich-demokratische Volkspartei die christliche Familie in den Mittelpunkt. Diese will sie als vermeintlich politikfreie „Lebenszelle" gegen die gesellschaftlichen Veränderungen verteidigen. Auf ihren Wahlplakaten bedient sie sich einer Bildsprache, die häufig der Sakralkunst entlehnt ist.

Die deutsche Bern

Die DNVP kämpft mit der emotionalen Beschwörung einer „guten, alten Zeit" gegen die Republik und für die Revision der Versailler Verträge. Mit ihrer Bildsprache betont die Partei die Treue der deutschen Frau zu „heiligen Werten" wie Familie, Religion, Heimat, Volk und Nation.

Hausfrau und Staatsbürgerin

Die DDP richtet sich an eine gehobene bildungsbürgerliche Schicht von Wählerinnen. Diese soll über ihre Aufgaben in Haus und Familie hinaus in Erziehung und Bildung gesellschaftlich wirken und die junge Republik stützen. Die DVP erhebt dagegen 1920 mit einem Bild der preußischen Königin Luise eine Frau zum Symbol des Widerstandes gegen die nationale Demütigung des Versailler Friedensvertrages.

Genossin und Opfer

Die SPD propagiert die emanzipierte Genossin, die sich an der Seite des Mannes politisch engagiert. Sie stellt außerdem Frauen und Kinder als Leidtragende des Ersten Weltkrieges und der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse dar. Um diese Gruppen für ihre Politik zu gewinnen, bedient sich die Partei zuweilen einer sentimentalen Bildsprache.

Werktätige Frau und Verbündete

Die KPD spricht besonders Arbeiterinnen als die natürlichen Verbündeten im Klassenkampf an. Vor der Reichstagswahl 1924 fordert sie die Streichung des Abtreibungsparagraphen 218. Ansonsten betrachtet die Partei die Probleme der Frauen als Nebenwiderspruch, der zu einem späteren Zeitpunkt gelöst werden kann.

Deutsche Mutter, deutsches Mädel

Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (NSDAP) reduziert die Frauen auf ihre Rolle als Mutter und deren Bedeutung für die „nationale Wiedergeburt". Nach den Vorstellungen Adolf Hitlers soll die Frau „in der Sorge für Familie, Haus und Rasse ... zu ihrer wahren Bestimmung" zurückfinden und „dem Mann die Verantwortung für Politik, Gemeinschaft und Erwerb" überlassen. Auf ihren Plakaten formt die NSDAP Elemente der religiösen Bildsprache in ihrem Sinn um. In ihren Appellen an das „deutsche Mädel" nutzt sie Traditionen der Jugendbewegung.

Frauen wählen konservativ

In der Weimarer Republik treten Frauen nicht so häufig an die Wahlurnen wie Männer. Bei einer Wahlbeteilung zwischen 75 und 80 Prozent beträgt die Differenz durchschnittlich rund 10 Prozentpunkte. Von regionalen Unterschieden abgesehen wählen Frauen mehrheitlich die konservativen und christlichen Parteien. Weit mehr katholische Frauen als Männer votieren für das Zentrum. Mehr evangelische Frauen als Männer stimmen für die DNVP und die DVP. Weniger Wählerinnen als Wähler entscheiden sich für die SPD, die DDP und die KPD. Die historische Wahlforschung führt das Wahlverhalten der Frauen auf ihre starken christlichen Orientierungen und kirchlichen Bindungen zurück. Die frauenpolitischen Positionen der Parteien beeinflussen die Wählerinnen demzufolge nicht.

Frauen im Reichstag

Die Parteien akzeptieren zwar einige Politikerinnen, verwehren ihnen aber zumeist sichere Listenplätze bei Wahlen. Im Reichstag schwankt der Frauenanteil zwischen 4,6 und 8 Prozent. Die meisten weiblichen Abgeordneten sind in der SPD-Fraktion vertreten. Abgeschlagen folgen diejenigen in der DDP, der DNVP, des Zentrums und der DVP.

Bis 1933 widmen sich 111 Parlamentarierinnen sozial-, schul- und gesundheitspolitischen Fragen und setzen wichtige Gesetze für Frauen durch, z.B. das Jugendwohlfahrtsgesetz (1922), das Heimarbeiterinnengesetz (1924), die Milderung der Abtreibungsstrafen (1926) und das Mutterschutzgesetz (1927).

Das vorläufige Ende der Demokratie

Die Reichstagswahl vom 5. März 1933 und die Machtübernahme durch die NSDAP markieren das vorläufige Ende der Demokratie in Deutschland. Mehr als zwölf Jahre gibt es keine Wahlen mehr.

Der gelegentlich erhobene Vorwurf, Frauen hätten Hitler an die Macht gebracht, lässt sich nicht belegen. Die NSDAP gewinnt angesichts der Weltwirtschaftskrise und hoher Arbeitslosigkeit seit 1930 bei den Frauen an Einfluss. 1932 liegt der weibliche Stimmenanteil noch um 2 Prozent unter dem der Männer. Die Partei wird in evangelischen Wahlkreisen von beiden Geschlechtern etwa gleich stark gewählt. In katholischen Landesteilen halten die Frauen bis 1933 an ihrer christlichen Orientierung fest.

... um die
STIMMEN
der Frauen

Kommunistische Partei Deutschlands, Reichtagswahl 1930
Gestaltung: Max Gebhard; Druck: Peuvag, Berlin
Reproduktion aus Staatsarchiv Hamburg

... um die STIMMEN der Frauen

Deutsch-Nationale Volkspartei, Reichstagswahl 1932
Gestaltung/Druck: Edmund Gaillard, Berlin
Reproduktion aus Bundesarchiv Koblenz, Plak 002-029-087

... um die
STIMMEN
der Frauen

NS-Frauenschaft, Reichstagswahl 1932
Gestaltung: WW;
Druck: Kunstanstalt A. Schnurr, Villingen/Schwarzwald
Reproduktion aus Generallandesarchiv Karlsruhe, P/107

... um die STIMMEN der Frauen

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Reichstagswahl 1932
Druck: Berek-Druck, Berlin
Reproduktion aus Friedrich-Ebert-Stiftung,
Archiv der sozialen Demokratie, Bonn

Unsere Frauen sichern unsere Zukunft *(Bundeskanzler Ehrhardt 1965)*

Im Nachkriegs-Deutschland leben ca. 7 Millionen mehr Frauen als Männer. Sie sorgen fürs tägliche Überleben und tragen die Hauptlast beim Wiederaufbau, leisten in über 5000 überparteilichen Frauenausschüssen Hilfe zur Selbsthilfe und setzen sich in Stadt-und Gemeinderäten für den politischen Neubeginn ein. Unterstützt von einer machtvollen Frauenöffentlichkeit erreichen die vier „Mütter“ des Grundgesetzes 1949 die Verankerung der Gleichberechtigung von Mann und Frau in Artikel 3.2 des Verfassungswerkes.

Die 50er und 60er Jahre kennzeichnen dann Aufschwung und bescheidenen Wohlstand, aber auch gesellschaftliche Stagnation. Viele Frauen, die im Krieg und in der Nachkriegszeit allein „ihren Mann“ stehen mussten, kehren in die Familie zurück. Das konservative Frauenbild der Regierung Adenauer stützt ihre Entscheidung. Im 1953 eingerichteten Familienministerium stärkt Minister Würmeling (CDU) kinderreiche Familien und Mütter mit Kindergeld, Steuerfreibeträgen, Ermäßigungen bei Bahnfahrten und Müttererholungen. 1957 streicht der Bundestag im Ehe-und Familienrecht das Alleinentscheidungsrecht des Mannes und stellt die Kinder unter „elterliche Gewalt“. Die „Hausfrauenehe“ bleibt bestehen, die Frau kann erwerbstätig sein, „soweit dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar ist“.

1950 sind 44 Prozent aller Frauen zwischen 15 und 60 Jahren erwerbstätig. Die boomende Wirtschaft benötigt weibliche Arbeitskräfte. Frauenarbeit lässt sich durch die Einführung von „Leichtlohngruppen“ profitabel abschöpfen. Die weibliche Erwerbsquote steigt, auch bei den verheirateten Frauen. Ihr Anteil erhöht sich von 26 Prozent im Jahr 1950 auf 36,5 Prozent im Jahr 1961. Ihre Berufstätigkeit bleibt allerdings umstritten. Heftig wird über „Rabenmütter“ und „Schlüsselkinder“ diskutiert. Ende der 60er Jahre leben immer mehr Frauen nach dem Dreiphasenmodell: Berufstätigkeit bis zum ersten Kind, Familienphase, danach Rückkehr ins Erwerbsleben.

Hausfrauen! Freier Wettbewerb hält die Preise nieder
(FDP 1957)

Die Parteien thematisieren auf ihren Plakaten Wiederaufbau, Wiederaufrüstung und Wirtschaftswunder. „Für eine freie und bessere Zukunft“ heißt es 1953 bei der SPD, „Keine Experimente“ 1957 bei der CDU.

Die Parteien sprechen Frauen vor allem in ihrer Familienrolle und als Konsumentinnen an. Die SPD erinnert öfters an ihren Anteil beim Kampf um die Gleichberechtigung der Frauen. Die CDU stellt sich als Bewahrerin des Elternrechts an den Kindern dar. Die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) versucht Frauen über deren Rolle als (künftige) Ehefrau zu gewinnen. Ihre Botschaft, die Wiedervereinigung Deutschlands, inszeniert sie in Form eines Streitgesprächs zwischen Mann und Frau.

Meistens versuchen die Parteien, die Wählerinnen mit Schlagworten wie „Freiheit“, „Frieden“ und „Wohlstand“ zu gewinnen. Die Bildmotive erinnern häufig an Kaufhausreklame: die glückliche Familie vor dem eigenen Haus und Auto, strahlende Kinder.

Unsere Sicherheit
(CDU 1965)

Die Wahlbeteiligung der Frauen liegt noch rund 3 Prozent niedriger als die der Männer. Trotzdem tragen die Wählerinnen wesentlich zu den großen Wahlsiegen der CDU/CSU bei. Deren Wahlergebnisse liegen bei ihnen meist um rund 10 Prozentpunkte höher als bei den Männern.

Die SPD findet demgegenüber geringeren Zuspruch bei den Wählerinnen. Erst mit der Wahl von 1969 beginnt sich das „Frauendefizit“ der SPD aufzulösen. Sie gewinnt bei der ersten „Willy-(Brandt)-Wahl“ viele Stimmen von jungen Frauen. Kleinere Parteien wie die FDP können bei den Frauen kaum punkten. Diese schätzen auch nicht die rechten Splittergruppen und verhindern 1969 den Einzug der NPD in den Bundestag.

Die Wahlforschung erklärt die Erfolge der CDU/CSU mit deren enger Bindung an die christlich-kirchliche Wertegemeinschaft. Gottesdienste, christliches Vereinsleben und kirchliche Alltagskontakte garantieren die emotionale Nähe zwischen den Unionsparteien und der Mehrheit der Wählerinnen. Diese besuchen weit regelmäßiger als die Männer die Gottesdienste und folgen in der katholischen Kirche den Appellen der Wahlhirtenbriefe zum Wahlgang.

Außerdem beeinflusst die stärkere Konzentration auf die Familie das Wahlverhalten der Frauen. Erwerbstätigkeit empfinden sie häufig noch als nachrangig zur ihrer eigentlichen „Bestimmung“ in der Familie.

Wir haben die richtigen Männer
(SPD 1969)

Die Parteien fördern die politische Teilhabe von Frauen kaum. Mitte der 50er Jahre sind in der SPD 19 Prozent Frauen, in der CDU 17 Prozent Frauen organisiert, Tendenz fallend. Im Bundestag sinkt der Anteil der Parlamentarierinnen von 9,2 Prozent im Jahr 1957 auf 6,6 Prozent im Jahr 1969 ab. Zwischen 1953 und 1965 verlieren die Frauen in der SPD-Fraktion 4,2 Prozent, die Frauen in der CDU-Fraktion 2,2 Prozent ihrer Anteile. 1961 ernennt Kanzler Adenauer nach langem Zögern mit Elisabeth Schwarzhaupt erstmals eine Frau als Bundesministerin, und zwar für das Gesundheitsressort.

An der Seite des Mannes ist der Platz der Frau

mit gleichem Recht und mit gleicher Verantwortung vor unseren Kindern, unserem Volk und der Menschheit.

„2684" . . . ich verbinde!

Man muß zwischen den Zeilen lesen können!

Volle Schaufenster — leere Geldtaschen

Frauen haben Furchtbares erlitten:

Ein bißchen Sonne für jede Frau

„Junge, mein Junge!"

Unsere Kinder — unser Glück!

Was wird aus ihnen?

Und Du, liebe Leserin,

Mädchen oder Mutter, Hausfrau oder Berufstätige. Du weißt, daß die Welt nicht am Gartenzaun zu Ende ist, daß sie auch Dich fordert. Daß sie sich in Deinem Sinne gestalten läßt, wenn Du Dein Schicksal mutig in die eigenen Hände nimmst und es zusammen mit Gleichgesinnten gestaltest.

Hilf darum mit, eine Welt nach unserem Herzen zu bauen . . . . eine bessere Welt

mit der SPD

Druck: Th. Schäfer, C.III 77 Hannover — 500 E 49 Kl. H

... um die STIMMEN der Frauen

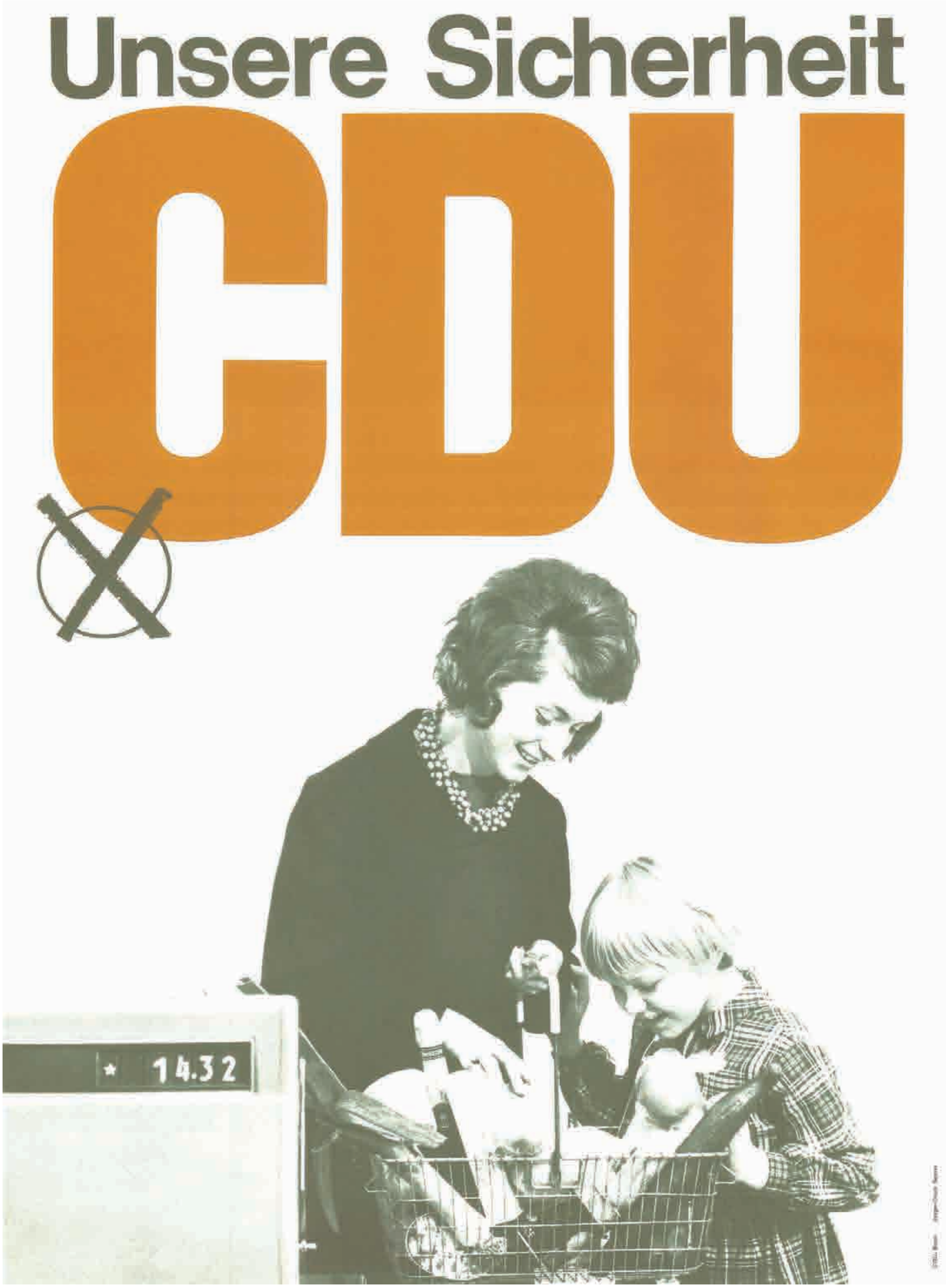
Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bundestagswahl 1949
Druck: Th. Sch fer, Hannover
Reproduktion aus Stadtarchiv Hannover, Plakatsammlung Nr. 1095

... um die STIMMEN der Frauen

Gesamtdeutsche Volkspartei, Bundestagswahl 1953
Gestaltung/Druck: Loschke-Druck, Hannover
Reproduktion aus Stadtarchiv Hannover, Plakatsammlung Nr. 3112

... um die
STIMMEN
der Frauen

Freie Demokratische Partei, Bundestagswahl 1957
Gestaltung/Druck: NN
Reproduktion aus Friedrich-Neumann-Stiftung,
Archiv des Liberalismus, Gummersbach



... um die
STIMMEN
der Frauen

Christlich-Demokratische Union, Bundestagswahl 1965
Druck: J ger-Druck, Speyer
Reproduktion aus Konrad-Adenauer-Stiftung,
Archiv fr Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin

... um die
STIMMEN
der Frauen

Zentrum, Nds. Landtagswahl 1947
Druck: Industriedruck AG, Essen
Reproduktion aus Stadtarchiv Hannover, Plakatsammlung Nr. 726

... um die
STIMMEN
der Frauen

Christliche-Demokratische Union, Nds. Landtagswahl 1947
Gestaltung: Kuf-Reklame-Gesellschaft, hannover
Reproduktion aus Stadtarchiv Hannover, Plakatsammlung Nr. 664

... um die
STIMMEN
der Frauen

Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
Landtagswahlen i. d. britischen Zone 1947
Druck: Laufer
Reproduktion aus Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (SPD-Landesverband Baden-Wr ttemberg)

... um die STIMMEN der Frauen

Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten,
Nds. Landtagswahl 1951
Gestaltung: Bc h
Reproduktion aus Staatsarchiv Bremen 9,P FB 738-375

... um die STIMMEN der Frauen

Freie Demokratische Partei, Nds. Landtagswahl 1951
Gestaltung/Druck: NN
Reproduktion aus Stadtarchiv Hannover, Plakatsammlung Nr. 1660

Ohne Frauen ist kein Staat zu machen *(Frauen Union 1987; AsF 1988)*

Modell Deutschland

Die Bundestagswahl von 1972 markiert einen Wendepunkt im Wahlverhalten der Frauen. Das Wahlalter ist von 21 auf 18 Jahre abgesenkt worden. Jungwählerinnen unterstützen verstärkt Bundeskanzler Willy Brandt und seinen Reformkurs. Erstmals votieren 1972 mehr 18- bis 45-jährige Frauen für die SPD als für die CDU/CSU. Die über 45-jährigen Frauen bleiben den Unionsparteien treu. So verteilen die Frauen insgesamt erstmals ihre Stimmen zu gleichen Anteilen auf die beiden großen Volksparteien.

Komm aus Deiner linken Ecke

Der CDU/CSU gelingt es 1976, mit familienpolitischen Angeboten (Erziehungsgeld) sowie mit frechen, den politischen Gegner ironisierenden ,Wahlplakaten junge Frauen zurückzugewinnen. 1980 quittieren alle, selbst die älteren Frauen die Kanzlerkandidatur von Franz-Josef Strauß (CSU) mit einer starken Abkehr von der Partei. Sie wird das erste Mal von mehr Männern als von Frauen gewählt. 1983 tragen die Frauen wieder wesentlich zum Zustandekommen der christlich-liberalen Regierung Helmut Kohls bei. 49 Prozent aller Wählerinnen sprechen sich für die CDU/CSU, 39 Prozent für die SPD aus.

Wahlverhalten gleicht sich an

Ab den 70er Jahren gleichen sich die politischen Voten von Männern und Frauen an. Die Maxime „Unions-Wähler sind weiblich, SPD-Wähler sind männlich“ weicht auf. Die Wahlforschung interpretiert das veränderte Wahlverhalten der Frauen als Ergebnis ihres Emanzipationsprozesses. Dazu gehört ihre verbesserte Teilhabe an Bildung, höhere Erwerbstätigkeit sowie ihre Politisierung in den sozialen Bewegungen und der nachlassende Einfluss der Kirchen.

Haben Frauen noch die Wahl?

(A. SCHWARZER 1980)

1972 erreicht der Frauenanteil im Bundestag mit 5,2 Prozent den absoluten Tiefstand. In der SPD-Bundestagsfraktion ist der Anteil der Genossinnen von 1969 bis 1980 so gering wie nie zuvor. In der sozialliberalen Koalition müssen sie sich mit einem Ministerium zufrieden geben.

Ende der 70er Jahre experimentieren Frauen mit verschiedenen Wahlstrategien. 1978 kandidiert ein Frauenbündnis bei den Wahlen zum Hamburger Senat unter dem Motto „Frauen wählen Frauen“. 1980 stellt EMMA-Herausgeberin Alice Schwarzer den Wahlboykott zur Diskussion.

Einbruch in die Männerwelt

(DIE GRÜNEN 1986/87)

Ab 1980 bringen DIE GRÜNEN frischen Wind in die Politik. Mit ihrem Einzug in den Bundestag steigt der Frauenanteil sprunghaft an: von 9,8 Prozent 1983 auf 15,4 Prozent 1987 bis auf 20,5 Prozent 1990. Frauenpolitik ist „in“. Die GRÜNEN vertreten offensiv frauenpolitische Ziele und realisieren 1986 eine Frauenquote von 50 Prozent für alle Ämter, Mandate und Funktionen. Die SPD beschließt 1988 die 40-Prozent-Quote für Frauen.

Die CDU verabschiedet 1985 ihr Programm „Für eine Partnerschaft von Mann und Frau“. Das 30-prozentige „Quorum“ für Frauen kommt erst 1996.

In den 1970er und 1980er Jahren begehren Frauen gegen die gesellschaftliche Ignoranz ihrer Probleme auf. In den Jahren zuvor ist die Diskriminierung der Mädchen in der Bildung offenbar geworden. Mit verbesserten Chancen (BAFÖG ab 1971) besuchen immer mehr junge Frauen Gymnasien und Universitäten.

Junge Frauen fordern in der neuen Frauenbewegung ihre Rechte ein. Frauengruppen, Frauenzentren, Frauenhäuser und Beratungsstellen entstehen. In den 80er Jahren agieren viele „Frauenbewegte“ in der Friedensund Anti-Atomkraft-Bewegung, in Gewerkschaften und Parteien. Breite Frauenbündnisse entwickeln sich.

Den meisten Frauen ist das „Leben für andere“ zu wenig; ihre Berufsorientierung wächst. 1980 sind 53 Prozent aller Frauen zwischen 15 und 60 Jahren erwerbstätig. Fast die Hälfe aller Ehefrauen lebt mit der Doppelbelastung von Familie und Beruf. Nach den „Wirtschaftswunderjahren“ haben viele Industriearbeiterinnen Arbeitsplätze verloren. Der Dienstleistungssektor zieht vermehrt weibliche Beschäftigte an.

Die sozialliberale Koalition (1969-82) will „mehr Demokratie wagen“. 1976 verabschiedet sie das Indikationsmodell beim § 218. 1977 erhebt sie das „Partnerschaftsprinzip“ - die „gleichberechtigte Funktionsteilung in Haushalt und Beruf“ - zum neuen Leitbild im Ehe-und Familienrecht und führt das „Zerrüttungsprinzip“ anstelle der Schuldfrage im Scheidungsrecht ein. Ab 1975 gibt es Kindergeld für das erste Kind, ab 1979 den sechsmonatigen Mutterschaftsurlaub mit Lohnersatz für erwerbstätige Mütter.

Die christlich-liberale Regierungskoalition führt 1983 den steuerlichen Kinderfreibetrag wieder ein und errichtet 1984 die Bundesstiftung „Mutter und Kind - Schutz des ungeborenen Lebens“. 1986 wird das Erziehungsgeld für alle Mütter und Väter Gesetz. Müttern werden für Kindererziehungszeiten nun drei Jahre bei der Rente angerechnet.

Die FDP führt ebenfalls

1985 ihren ersten Frauenkongress durch. „Liberale Frauen machen Politik“ heißt es dort; eine Quotierung lehnt die Partei wegen ihrer liberalen Prinzipien ab. 1986 wird das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit um die Zuständigkeit für Frauen erweitert. Bundeskanzler Kohl (CDU) beruft zwei bzw. drei Ministerinnen in seine Kabinette. 1988 wird die erste Frauenministerin, Rita Süßmuth (CDU), als zweite Frau nach Annemarie Renger (SPD, 1972-76) Bundestagspräsidentin.

... um die
STIMMEN
der Frauen

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bundestagswahl 1976
Gestaltung: ARE;D ruck: Druckhaus Deutz
Reproduktion aus Friedrich-Ebert-Stiftung,
Archiv der sozialen Demokratie, Bonn

... um die
STIMMEN
der Frauen

Christlich-Demokratische Union, Bundestagswahl 1976
Gestaltung: Mannstein Werbeagentur
Reproduktion aus Konrad-Adenauer-Stiftung,
Archiv fr Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin

... um die STIMMEN der Frauen

Die Grne n, Bundestagswahl 1980
Gestaltung: grafik werkstatt, Bielefeld
Reproduktion aus Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn
(Archiv Grne s Ged chnis Berlin)

... um die
STIMMEN
der Frauen

Freie Demokratische Partei, Frauenkongress 1985
Gestaltung/Druck: NN
Reproduktion aus Friedrich-Naumann-Stiftung,
Archiv des Liberalismus, Gummersbach

Lieber Frauen vorn als Männer überall *(B90/Die Grünen 1994)*

Weniger Kreuze bei den Wahlen

Die Wahlbeteiligung liegt zwischen 1953 und 1983 immer über 85 Prozent, im hochpolitischen Klima der 70er Jahre sogar über 90 Prozent. 1987 sinkt sie deutlich. Seit 1990 bewegt sie sich unterhalb der 80-Prozent-Marke. Frauen üben ihr Wahlrecht etwas seltener aus als Männer.

Die Wahlbeteiligung ist generell bei den 21- bis 24-Jährigen am niedrigsten. Sie steigt mit zunehmendem Alter, erreicht ihren Höhepunkt bei den 60- bis 69-Jährigen und nimmt bei den über 70-Jährigen wieder ab.

Frauen - Zukunft. Macht - Wechsel

(B90/DIE GRÜNEN 1998)

Bei der Bundestagswahl 1998 sorgen Frauen für den Machtwechsel zugunsten der ersten rot-grünen Koalition unter Bundeskanzler Schröder (SPD). Die Mehrheit der 45-bis 59-jährigen Frauen entscheidet sich erstmals für das linke Spektrum. Selbst die Zustimmung der über 60-jährigen Stammwählerinnen für die CDU/CSU fällt unter die 50-Prozent-Marke. 2002 und 2005 geben geringfügig mehr Frauen der SPD ihre Stimmen als der CDU/CSU.

Trends im Wahlverhalten

Die SPD hat in der Gunst der Wählerinnen in allen Altersgruppen erheblich aufgeholt. Nach 1998 mobilisieren die Sozialdemokraten auch 2002 und 2005 mehr Frauen als Männer für ihre Politik.

Die CDU/CSU wird am häufigsten von den über 60- und den 45- bis 59-jährigen Frauen gewählt. Junge Frauen zwischen 18 und 25 Jahren finden die Union weniger attraktiv. 2005 stimmen ihr erstmals Männer und Frauen zu fast gleich großen Anteilen zu.

Bündnis 90/Die GRÜNEN hat bisher vor allem junge Menschen angezogen. Die meisten Stimmen bekommt die Partei jedoch inzwischen von den 35- bis 44-jährigen Wählerinnen. Etwas mehr Zuspruch von Frauen als von Männern erhält sie seit 1990.

Für die FDP votieren in den 90er Jahren vor allem 35- bis 59-jährige Wählerinnen. 2002 und 2005 entscheiden sich die 18- bis 35-jährigen eher für die Liberalen. Insgesamt werden sie etwas mehr von Männern als von Frauen unterstützt.

Die PDS findet ihre Wählerinnen in allen Altersgruppen. 1990, 2002 und 2005 gewinnt die Partei ein wenig mehr Stimmen bei den Männern als bei den Frauen.

Wahlforscher erklären das Wahlverhalten von Frauen und Männern mit ihren verschiedenartigen Sozialisationsprozessen und Lebensumständen. Auch ein rationales Abwägen von Parteiprogrammen spielt eine Rolle.

Nach der Wiedervereinigung gestaltet sich das Leben von Frauen in Deutschland unter widersprüchlichen Bedingungen. 2001 liegt die weibliche Erwerbsquote in den alten Bundesländern bei 63, in den neuen Bundesländern bei 72,5 Prozent. Dort ist zugleich der Anteil der Frauen an der Arbeitslosenquote sehr hoch.

Junge Frauen planen eine lebenslange Berufstätigkeit mit kurzer Familienphase und nachfolgender Teilzeitarbeit. Im Beruf finden Anfängerinnen und Rückkehrerinnen finden jedoch sehr schwer Arbeitsplätze. Der Arbeitsmarkt ist zudem geschlechtsspezifisch geteilt, Gehaltsunterschiede bestehen weiter und berufliche Karrieren von Frauen enden oft an der „gläsernen Decke“. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird häufig nur im weiblichen Lebenskontext diskutiert. Seit 1996 haben alle Drei- bis Sechsjährigen einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Seit 2001 ersetzt die „Elternzeit“ den „Erziehungsurlaub“.

Die Gleichberechtigung wird in weiteren Gesetzen verankert. 1994 verabschiedet der Bundestag die Frauen förderung in Bundesbehörden und ergänzt Artikel 3.2 des Grundgesetzes um den Passus: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“. Seit 1995 gilt beim § 218 die Indikationslösung mit der Beratung „zum Schutz des ungeborenen Lebens“. 1997 passiert die von Frauen aller Bundestagsfraktionen gestartete Gesetzesinitiative, Vergewaltigung in der Ehe als Straftatbestand festzuschreiben, den Bundestag.

Wir sind am Zug

(CDU-FRAUEN UNION 1998)

Der Frauenanteil im Bundestag überspringt 1990 die 20-Prozent-Marke und 1998 die 30-Prozent-Marke. Er hat 2002 bei 32,2 Prozent gelegen und ist 2005 mit 31,6 Prozent erstmals seit 1980 wieder leicht gesunken. Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN weisen 2005 den höchsten Frauenanteil auf (56,9%), gefolgt von der PDS/Die Linke (46,3%) und der SPD (36%). Die Schlusslichter bilden die FDP (24,6%) und die CDU/CSU (19,9%).

In der Bundesregierung bekleiden Frauen seit den 90er Jahren zuweilen fast die Hälfte der Kabinettsposten. Mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) besetzt 2005 erstmals eine Frau das höchste Regierungsamt.

Dessen ungeachtet sind Frauen im Bundestag und in politischen Entscheidungsfunktionen weiter unterrepräsentiert.

Frauen können mehr Einfluss auf die Gestaltung von Gesellschaft und Politik nehmen, wenn sie sich vermehrt in den Parteien engagieren und gezielt ihr Wahlrecht ausüben. Sie erreichen damit, dass ihre Lebenssituation besser berücksichtigt wird.

„Wenn mein Freund so viele Versprechen brechen würde wie der Kanzler, würde ich ihn rauswerfen."

... um die STIMMEN der Frauen

Christlich-Demokratische Union, Bundestagswahl 2002
Gestaltung/Druck: NN
Reproduktion aus Konrad-Adenauer-Stiftung,
Archiv fr Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin

F.D.P.

BUNDESTAGSFRAKTION

Abgeordnete vor Ort

Frauen on Tour

... um die STIMMEN der Frauen

Freie Demokratische Partei, Bundestagswahl 1994
Gestaltung/Druck: NN
Reproduktion aus Privatbesitz Lisa Peters, Buxtehude

... um die
STIMMEN
der Frauen

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bundestagswahl 2002
Gestaltung: KNSK, Hamburg
Reproduktion aus SPD Parteivorstand, Politisches Archiv, Berlin

... um die
STIMMEN
der Frauen

Bnd nis 90/Die Grne n, Bundestagswahl 2002
Gestaltung: Agentur Padberg
Reproduktion aus Archiv Grne s Ged chnis Berlin

Ohne Frau

geht nichts

PDS

... um die STIMMEN der Frauen

Partei des Demokratischen Sozialismus, Bundestagswahl 1994
Gestaltung/Druck: NN
V.i.S.d.P.: Andr Brie
Reproduktion aus Friedrich-Ebert-Stiftung,
Archiv der sozialen Demokratie, Bonn

... um die
STIMMEN
der Frauen

Bnd nis 90/Die Grne n, Bundestagswahl 2005
Gestaltung/Druck: NN
Reproduktion aus Archiv Grne s Ged chnis Berlin

... um die
STIMMEN
der Frauen

Christlich-Demokratische-Union, Bundestagswahl 2005
Gestaltung/Druck: NN
Reproduktion aus Konrad-Adenauer-Stiftung,
Archiv fr Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin

... um die
STIMMEN
der Frauen

Bnd nis 90/Die Grne n, Bundestagswahl 2005
Gestaltung/Druck: NN
Reproduktion aus Archiv Grne s Ged chnis Berlin

Das Ziel muss Parität sein *(Bundeskanzlerin Angela Merkel 2000)*

Ein neuer Anfang (CDU 2005)

2005 wird Angela Merkel zur ersten Bundeskanzlerin gewählt, die – anders als ihre Vorgänger – einen moderierenden Politikstil pflegt. Doch schon kurz nach der Wahl hängt ihr der Spitzname „Mutti" an, mit dem Ihre politische Kompetenz herablassend in Zweifel gezogen wird. Merkel wird stärker von Frauen als von Männern gewählt, betreibt aber keine gezielte Frauenpolitik. Das Idealbild der CDU ist weiterhin die klassische Familie mit Mutter, Vater, Kind. Damit erreicht die Partei vor allem in den Städten immer weniger Frauen.

Gerechte Verteilung (SPD)

Frauen- und Familienpolitik bedeutet für die SPD vor allem gleicher Lohn für gleiche Arbeit sowie ausreichende Kitaplätze, die Frauen eine gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt ermöglichen sollen. Dieser Schwerpunkt schlägt sich bei den Wählern jedoch ebenso wenig in Zustimmung nieder wie die Regierungsbeteiligung der SPD von 2005–2009 und ab 2013. Auch Frauen geben seit 2009 wieder der CDU den Vorzug.

Darum grün (Bündnis 90/Die Grünen 2017)

Die deutlichsten frauenpolitischen Forderungen stellen Bündnis 90/Die Grünen. Sie verlangen nicht nur gleichen Lohn für gleiche Arbeit und ausreichende Kitaplätze, sondern fordern auch stärkere Aufstiegschancen für Frauen. Dank der 50-Prozent-Quote für alle Ämter und Mandate sind Frauen bei Bündnis 90/Die Grünen präsenter als bei anderen Parteien. Als mögliche Konsequenz findet die Partei bei Frauen fast aller Altersgruppen größeren Zuspruch als bei Männern.

Immer mehr Parteien

Von 2005 bis 2017 nehmen immer mehr Parteien im Bundestag Platz. 2005 schafft erstmals die PDS (ab 2007: Die Linke) den Sprung über die Fünf-Prozenthürde und vergrößert den Bundestag auf fünf Fraktionen; mit der Alternative für Deutschland sind dort ab 2017 dann sogar sechs Parteien vertreten. Insbesondere durch die AfD ändert sich das politische Klima der Debatten: Der Ton wird schärfer und populistischer. Dass mehr Parteien eine Chance haben, in den Bundestag einzuziehen, führt zu Wahlverlusten der sogenannten Volksparteien CDU/CSU und SPD.

Kein frauenpolitischer Schwerpunkt

FDP, Linke und AfD sehen Frauen nicht als eine Wählerklientel, die gezielt angesprochen werden soll, sondern die Bevölkerung soll allgemein über die jeweiligen Themen erreicht werden. Der Zuspruch der Frauen zu diesen drei Parteien liegt vielleicht auch deshalb etwas unterhalb der männlichen Wählerstimmen.

Gerade die AfD vermittelt ihr wichtigstes Thema – die Ablehnung der Migration nach Deutschland – auf ihren Wahlplakaten häufig über Frauen. Frauen in deutschen Trachten betonen die in Deutschland demnach bereits vorhandene „Bunte Vielfalt" und attraktive Bikini-Mädchen lehnen Burkas ab. Die AfD hat jedoch untersagt, diese Plakate in der Ausstellung zu zeigen.

Die verschiedenen frauen- und familienpolitischen Vorstellungen im Osten und Westen Deutschlands sind auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung noch erkennbar. 2014 besuchen im Osten 49 Prozent der Kinder unter elf Jahren einen Hort, im Westen dagegen gerade einmal acht. Dies liegt zum einen an der im Westen stärker ausgeprägten Neigung zur Teilzeittätigkeit vieler Frauen, zum anderen stehen im Osten auch mehr Betreuungseinrichtungen zur Verfügung.

Bis 2016 steigt die Erwerbstätigkeit von Frauen auf insgesamt 70,6 Prozent und liegt damit deutlich über dem europäischen Schnitt. Auch im Bildungsbereich verringert sich die Distanz zwischen Männern und Frauen: 2015 legt mehr als die Hälfte der Mädchen eines Jahrgangs ihr Abitur ab, und junge Frauen absolvieren so oft wie junge Männer ein erfolgreiches Studium. Bei Professuren oder Führungspositionen sind sie jedoch nur wenig vertreten. Stattdessen sind Minijobs weiterhin eine Domäne der Frauen, desgleichen die Beschäftigung in Pflegeberufen, mit Kindern oder im Dienstleistungsbereich. Das Einkommen von Frauen liegt nach wie vor unter demjenigen der Männer – eine Diskrepanz, die sich aus einer unterschiedlichen Berufswahl, verschiedenen Karriereverläufen, der stärkeren Teilzeitquote bei Frauen sowie ungleicher Bezahlung der gleichen Arbeit zusammensetzt.

Insbesondere viele gut ausgebildete Frauen wollen immer weniger zugunsten der Familie auf ihren Beruf verzichten, so dass die Anzahl der Geburten in Deutschland auf ein historisch niedriges Niveau sinkt. Da die geringe Kinderzahl langfristig auch die Altersversicherung der Deutschen bedroht, legt die Bundesregierung eine Reihe familienpolitischer Maßnahmen auf. Diese sollen den Verdienstausfall von Eltern kompensieren und eine bessere Vereinbarung von Familie und Beruf ermöglichen. Für Kinder, die ab dem 1.1.2007 geboren werden, gibt es Elterngeld, und 2013 wird der Anspruch auf einen Kitaplatz ab dem vollendeten ersten Lebensjahr gesetzlich verankert.

Politische Repräsentanz

Nachdem der Anteil der Frauen im Bundestag seit 1972 fast konsequent anstieg, sinkt er nach der Wahl 2017 mit 30% auf den niedrigsten Stand seit 20 Jahren. Alle Parteien außer Bündnis 90/Die Grünen entsenden bei dieser Wahl weniger Frauen in den Bundestag als zuvor. Fast immer ist der Frauenanteil am Ende einer Wahlperiode jedoch etwas höher als zu deren Beginn – Frauen erhalten also eher Nachrückerpositionen als sichere Listenplätze.

Die AfD weist lediglich einen Frauenanteil von 10,8% auf und liegt damit weit unterhalb aller sonstigen Fraktionen. Ihr folgt mit 19,9% die CDU, die bislang in keiner Wahl ihr selbst gestecktes Ziel von 30% erreicht. Während der Frauenanteil in der FDP-Fraktion mit 22,5% die Geschlechtsverteilung innerhalb der Partei wiederspiegelt, übersteigt dieser bei den Bundestagsfraktionen der SPD (41,8%), der Linken (53,6%) und Bündnis 90/Die Grünen (58,2%) sogar deutlich denjenigen der Partei.

... um die
STIMMEN
der Frauen

Die Linke. Bundestagswahl 2017
Gestaltung: DIG/Trialon
Reproduktionsgenehmigung: Bundesgeschäftsstelle Die Linke

... um die STIMMEN der Frauen

Christlich-Demokratische Union, Bundestagswahl 2017
Gestaltung: Jung von Matt
Reproduktionsgenehmigung: CDU Deutschland